

This *newsletter* is also available in English.
 Cette *newsletter* est également disponible en français.

Peer Reviews - Fahrplan 2007

Für den restlichen Jahresverlauf stehen noch acht Peer Review-Seminare auf dem Programm - die Offene Methode der Koordinierung auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung verbucht 2007 somit ein ausgefülltes Jahr.

Die Seminare decken eine breite Themenpalette ab, die von den Sozialdienstleistungen und Fragen des Wohnungswesens über die Integration von häufig diskriminierten Gruppen in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft bis hin zum Menschenhandel oder die Einbindung der Interessensvertretungen in den Politikgestaltungsprozess reicht. Zwei Seminare beschäftigen sich mit Problemstellungen im Zusammenhang mit älteren Menschen: Aktives Altern und Konzepte, um den Menschen einen möglichst langen Verbleib im eigenen Zuhause zu erlauben.

Sie finden hier eine Kurzdarstellung der 2007 anstehenden Peer Review-Seminare:

Belgien: Die Zukunft der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse

Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse decken eine Fülle von Bedarfssituationen ab und werden je nach Land auf unterschiedliche Weise organisiert und finanziert. Im April 2006 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Klarstellung der spezifischen Beschaffenheit dieser Dienstleistungen und zu den möglichen Vorteilen eines europäischen Rahmenwerks.

Die Peer Review wird verschiedene Ansätze analysieren, was die Konzeption sozialer

Dienstleistungen angeht, insbesondere im Zusammenhang mit der Langzeitbetreuung für Ältere (abseits der Krankenpflege). Diskutiert wird die Frage des Ausgleichs zwischen dem Binnenmarkt und den Wettbewerbsregeln einerseits und grundlegenden sozialen Zielen andererseits, die Gegenstand dieser Dienstleistungen sind.

Malta: Kommunales Ressourcenzentrum von Cottonera ("ACCESS")

Die Region Cottonera in Malta zeichnet sich durch eine hohe Bevölkerungsdichte, einen niedrigen Bildungsstand sowie eine hohe Arbeitslosigkeit aus. Der ACCESS-Komplex ist ein Ressourcenzentrum, das als zentrale Anlaufstelle eine Reihe von Dienstleistungen vereint, von Wohnungsfragen und Familienbetreuung über die Sozialversicherung bis hin zu Aus- und Weiterbildung und Beschäftigung.

Peer Reviews Fahrplan	
Belgien	1
Malta	1
Schweden	2
Frankreich	2
Spanien	2
Irland	2
Finland	3
Dänemark	3

Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern: eine Schlüsselpriorität 2007 für unabhängige nationale ExpertInnen im Bereich soziale Eingliederung	3
---	----------

Gemeinsamer Bericht 2007 verdeutlicht Vorteile von Erfahrungsbündelung	5
---	----------





Das Zentrum unterstützt benachteiligte Menschen dabei, ihr Leben in den Griff zu bekommen und selbständiger zu werden. Die Peer Review befasst sich schwerpunktmäßig mit den Dienstleistungen zugunsten von Kindern und Familien und stellt dazu einen Vergleich zwischen dem ACCESS-Konzept und Initiativen in einigen anderen Mitgliedstaaten an.

Schweden: Wahlfreiheit und Würde für Ältere

Der nationale Politikansatz Schwedens für Ältere steht im Zeichen des Rechts auf Unabhängigkeit und Respekt. Ältere Menschen sollen ein aktives Leben führen können und Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung und Sozialdienstleistungen haben.

Älteren die Möglichkeit zu geben, möglichst lange im eigenen Zuhause zu leben, ist ein zentraler Grundsatz. Diese Peer Review wird die Kombination aus Dienstleistungen und Einrichtungen untersuchen, die erforderlich sind, um dieses Konzept zu verwirklichen.

Frankreich: Nationaler Aktionsplan zur Beseitigung von minderwertigen Unterkünften

Der nationale Aktionsplan besteht seit 2001, beruhend auf einem 2000 verabschiedeten Gesetz über "Solidarität und Stadterneuerung". Ein nationales Zentrum, an dem mehrere Ministerien mitwirken, ist mit der Koordination der Initiative betraut, die neben legislativen, praktischen und finanziellen Maßnahmen auch Aktionspläne auf Departement- und lokaler Ebene umfasst.

Die Peer Review geht aktuellen bewährten Praktiken nach, die darauf abzielen, das Recht auf Wohnen für alle Menschen in der EU zur Realität werden zu lassen; dabei wird insbesondere auf Arbeiten des Europäischen Parlaments Bezug genommen, die den Entwurf für eine europäische Wohnungsscharta zum Inhalt haben.

Spanien: Überregionales Arbeitsprogramm zur Bekämpfung von Diskriminierungen

Die Befähigung von Individuen zum selbständigen Handeln ist die zentrale Zielsetzung dieses Programms, welches besonders auf Gruppen mit einem hohem Ausgrenzungsrisiko zugeschnitten ist, u. a. Roma und Obdachlose, AlleinerzieherInnen, MigrantInnen, Haftentlassene und Drogenabhängige. In allen Fällen gilt den Frauen ein besonderes Augenmerk.

Das Programm zeichnet sich durch individuelle Konzepte zur Hinführung zur Arbeit und zur Gesellschaft aus. Es bündelt mehrere Unterstützungsformen wie soziale Dienstleistungen, Finanzunterstützung und Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen, wobei die Aus- und Weiterbildung einen Hauptschwerpunkt bildet.

Irland: Das Forum für soziale Eingliederung im Rahmen des NAP/Eingliederung

Die irische Regierung rief 2002 das "Social Inclusion Forum (SIF)" ins Leben, mit dem Ziel, die verschiedenen sozialen AkteureInnen, die am Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung beteiligt sind, zusammenzuführen. Das Forum bietet Regierungsstellen, NGOs und SozialpartnerInnen die Möglichkeit, mit von Armut Betroffenen zusammenzukommen, welche sich im Gegenzug in die Gestaltung von Politikmaßnahmen einbringen können.

Die Sitzungen des Forums haben sich als wirksames Mittel erwiesen, die unmittelbar von Armut Betroffenen, ihre VertreterInnen und jene, die bei der Ausarbeitung des nationalen Aktionsplans für soziale Eingliederung eine Rolle spielen, zu beraten und Feedback von ihnen einzuholen.



Finnland: Strategien für aktives Altern

Finnland nimmt sich seit dem Start von "FIN-PAW" (nationales Programm für ältere ArbeitnehmerInnen) in den 1990-ern der Fragen rund um das aktive Altern an.

In dem Programm sind Maßnahmen zur Förderung eines längeren Verbleibs im Erwerbsleben enthalten, wozu beispielsweise integrative Jobchancen angeregt und der Abbau von Altersdiskriminierung in der Arbeitswelt betrieben wird. Das Programm bewirkte zudem eine umfassende Reform des Rentensystems, die 2005 in Kraft trat.

Dänemark: Soziale Aspekte des Menschenhandels

Menschenhandel ist vom Wesen her ein grenzüberschreitendes Problem, weshalb die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern eine besondere Rolle spielen.

Zum Teil rührt das Problem aus dem Elend in den Ursprungsländern; andererseits verschärft Menschenhandel aber auch soziale Probleme in den Zielländern und hat für Opfer - insbesondere, wenn es sich um Frauen und Kinder handelt - auf persönlicher Ebene mitunter verheerende Folgen. Die dänische Peer Review will Ursprungs-, Durchgangs- und Zielländer an einen Tisch bringen und einen Anstoß für den Austausch lehrreicher Erkenntnisse geben.

Ausführlichere Hinweise zu den Peer Reviews und Veranstaltungsdaten finden Sie auf unserer Website: http://www.peer-review-social-inclusion.net/peer-review-und-bewertung-im-bereich-soziale-eingliederung/view?set_language=de

Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern: Eine Schlüsselpriorität 2007 für unabhängige nationale ExpertInnen im Bereich soziale Eingliederung

2007 steht die eingehende Untersuchung des Problemfelds der Armut und sozialen Ausgrenzung unter Kindern im Mittelpunkt des allgemeinen politischen Prozesses der Förderung von Sozialschutz und sozialer Integration der EU. Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben für 2007 umfassende Arbeiten zu diesem Problemkreis in Aussicht gestellt. Vor diesem Hintergrund ist es für das von der Kommission initiierte Netzwerk unabhängiger nationaler ExpertInnen im Bereich soziale Eingliederung das ganze Jahr hindurch eine vorrangige Aufgabe, an dieser Analyse von Politikmaßnahmen auf dem Gebiet der Armut und sozialen Ausgrenzung unter Kindern mitzuwirken.

In der zweiten Jahreshälfte 2006 haben die Kommission und die Mitgliedstaaten innerhalb der Untergruppe "Indikatoren" des Ausschusses für Sozialschutz eine **Projektgruppe zu**

Kinderarmut und Kinderwohlfahrt eingerichtet. Die Projektgruppe arbeitet derzeit an der Erstellung eines Berichts, in dem eine eingehende Bewertung von Methoden zur Messung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung in einer Reihe von EU-Ländern vorgenommen wird; außerdem enthält der Bericht konkrete Empfehlungen für einen gemeinsamen Rahmen zur Analyse und Überwachung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern, sowohl auf EU-Ebene als auch auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene. Die endgültige Fassung dieses Berichts wird für Ende September erwartet.

Parallel dazu hat der Ausschuss für Sozialschutz einen *Fragenkatalog zu Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern in den EU-Mitgliedstaaten* an die Mitgliedstaaten ausgegeben. Diese Initiative wird ausführliche Informationen zu den in den Mitgliedstaaten



eingesetzten Politikmaßnahmen zur Vorbeugung von Armut und sozialer Ausgrenzung unter Kindern zu Tage fördern. Die Fragebogen sollen von den Mitgliedstaaten bis Mitte Juli retourniert werden.

Das ExpertInnennetzwerk im Bereich der sozialen Eingliederung wird sich mit Arbeiten auf zwei verschiedenen Ebenen einbringen. Der Schwerpunkt der ersten ExpertInnenberichte (eingereicht Ende April) lautet Kampf gegen Kinderarmut und Förderung sozialer Eingliederung von Kindern. Diese Berichte erörtern die Beschaffenheit und das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung unter Kindern in den Ländern der ExpertInnen. Zum einen wird der übergeordnete Politikrahmen für die Koordinierung und Ausarbeitung von Politikinstrumenten zur Vorbeugung und Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung unter Kindern beschrieben und bewertet. Andererseits werden eine Analyse der Stärken und Schwächen der wichtigsten Politikmaßnahmen und eine Beurteilung der einzelstaatlichen Arrangements zur Überwachung und Evaluierung der Wirkung der gesetzten Maßnahmen vorgenommen. Auf der Grundlage dieser Berichte erstellt das Kernteam des ExpertInnennetzwerks einen zusammenfassenden Synthesebericht, der an die Kommission geht.

Im September werden die nationalen ExpertInnen Kurzauswertungen der Antworten auf den Fragebogen des Ausschusses für Sozialschutz vorlegen, den die Mitgliedstaaten bis Juli einreichen (s. o.). Auch dazu erstellt das Kernteam des ExpertInnennetzwerks eine Zusammenfassung für die Kommission.

Parallel zu den Arbeiten der Kommission, der Projektgruppe, der Mitgliedstaaten und der LänderexpertInnen richten in diesem Jahr auch viele der europäischen Netzwerke, die sich in der Eingliederungsproblematik engagieren - z. B. EAPN, EUROCHILD, das European Social Network und FEANTSA -, ein besonderes Augenmerk auf das Problem der Armut und sozialen Ausgrenzung unter Kindern und bereiten ebenfalls einschlägige Berichte vor.

Die Gesamtheit dieser Berichte fließt in eine Peer Review des Ausschusses für Sozialschutz zum Thema Kinderarmut ein (4. Oktober 2007). Sie sind ferner Bestandteil

des Datenmaterials für die Ausarbeitung des Gemeinsamen Berichts über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008.

Es ist zu hoffen, dass nach dem Abschluss all dieser Arbeiten während 2007 eine solidere Basis für die Ausarbeitung wirksamer Politikmaßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung der Jüngsten und der Kinderwohlfahrt gegeben sein wird. Dies sollte dazu beitragen, dass diese Problematik in den Politikmaßnahmen und Programmen von Mitgliedstaaten umfassend berücksichtigt wird und die Kommission einen deutlichen Schritt vorwärts kommt. Die weiteren Erwartungen im Gefolge dieser Arbeiten lauten: Verfügbarkeit von Basisdaten zu Ausmaß und Art von Armut und sozialer Ausgrenzung unter Kindern in den verschiedenen EU-Ländern; Vereinbarung von Indikatoren und Arrangements zur Verbesserung des Monitorings und der Bewertung erzielter Fortschritte; mehr Einblick in vorhandene Politikinstrumente und Programme aus verschiedenen Mitgliedstaaten, und Optimierung und Vertiefung des Austausches von Erkenntnissen und bewährten Verfahrenswesen zwischen allen Ländern und AkteurlInnen dank dieses Einblicks.

Sofern die diesjährigen Arbeiten zum Problemkreis der Armut und sozialen Ausgrenzung unter Kindern Erfolg haben, liefern sie möglicherweise auch für spätere Jahre ein bedeutendes Vorbild für das Herangehen an andere wichtige Problembereiche im EU-Vorgang der sozialen Eingliederung. Auf diese Weise kann dazu beigetragen werden, dass der gesamte Prozess auf eine neue, schwerpunktgerechtere und wirksamere Ebene gestellt wird.



Gemeinsamer Bericht 2007 verdeutlicht Vorteile von Erfahrungsbündelung

Die jüngsten Fortschritte in Richtung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts in Europa sind ermutigend, wie sich aus dem Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2007 herauslesen lässt. Nahezu alle Mitgliedstaaten setzen Reformschritte zur Verbesserung des Sozialschutzsystems, wobei sie individuelle Bedürfnissituationen in einer sich wandelnden Gesellschaft berücksichtigen und neue Maßnahmen ergreifen, um Menschen zu animieren, "aktiv" zu werden, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder in ihren Gemeinschaften.

Die europaweite Zusammenarbeit im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) erlaubt Mitgliedstaaten den Austausch von Wissen und Erfahrungen und leistet insofern einen wesentlichen Beitrag. In diesem Jahr legten mehrere Länder erstmals nationale Berichte vor, in denen die Problemstellungen der sozialen Eingliederung, der Renten, des Gesundheitswesens und der Langzeitpflege auf integrierte Weise behandelt werden. Die Ergebnisse machen deutlich, dass dieser breitere Blickwinkel das Herangehen an die vielschichtigen Facetten von Armut und Ausgrenzung erleichtern kann.

Doch obwohl das Urteil bezüglich der Gesamtausrichtung optimistisch ausfällt, ist keinesfalls Jubel angebracht. In der Einleitung zum Bericht bezieht sich Vladimir Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, auf die "bevorstehenden Herausforderungen". 16% der EuropäerInnen sind dem Armutsrisiko ausgesetzt und 10% leben in Erwerbslosenhaushalten. Selbst Menschen mit einem Erwerbseinkommen sind nicht in jedem Fall besser gestellt, leben doch EU-weit 8 % der ArbeitnehmerInnen unter der Armutsgrenze. "Doch indem die Länder voneinander lernen und dazu motiviert werden, gemeinsame Ziele festzulegen, kann Europa einen echten Zusatznutzen für die nationalen Bestrebungen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts erbringen", so das Kommissionsmitglied.

Mitmachen

Die europäischen BürgerInnen erlangen durch die OMK ein stärkeres Bewusstsein gemeinsamer sozialer Werte, und Interessenvertretungen sind in zunehmendem Maß in die Entscheidungsfindung auf nationaler und EU-Ebene eingebunden, sodass die Zivilgesellschaft und die SozialpartnerInnen an der Erstellung und Umsetzung von Strategien mitwirken. Jedoch bleibt in diesem Zusammenhang noch viel zu tun, v. a. bezüglich der Verbesserung der Evaluierungs- und Feedbackmechanismen.

Ein wichtiger Entwicklungsschritt ist, dass die Mitgliedstaaten den engen Bezug zwischen sozialer Kohäsion und sozialpolitischen Maßnahmen einerseits und Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit andererseits deutlicher erkennen. Gute Strategien z. B. für Kinderwohlfahrt, Gesundheitsversorgung, Aus-/Weiterbildung und zur Vorbereitung der Menschen auf den Arbeitsmarkt tragen in jedem Fall zur Stärkung und Gesundung der Wirtschaft bei, während Wachstum wiederum Investitionen in die Verbesserung von Dienstleistungen freisetzt. Diese positive Wechselwirkung findet in einigen Ländern in den nationalen Reformprogrammen im Rahmen der überarbeiteten Lissabon-Strategie ihren Niederschlag.

Vorrangige Problemstellungen

Der Gemeinsame Bericht streicht Anstrengungen in einer Reihe spezifischer Bereiche hervor. Kinder sind in fast allen Ländern einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt; zudem wird Deprivation in jungen Jahren - die vielfach eine schlechte Gesundheit, Bildungsschwächen, Arbeitslosigkeit und Kriminalität zur Folge hat - leicht auf die nächste Generation übertragen. Die Mehrheit der Regierungen hat dem auf der März-Tagung des Europäischen Rats ausgegebenen Aufruf zur Eindämmung von Kinderarmut Folge geleistet.



Es herrscht zunehmend Konsens bezüglich des Eintretens für die "aktive Eingliederung"; diese beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: (i) Kontakt zum Arbeitsmarkt durch Jobchancen oder Berufsausbildung; (ii) Sicherstellung eines angemessenen Mindesteinkommens für ein würdiges Leben; (iii) besserer Zugang zu Dienstleistungen, die Individuen und Familien den Weg in die Mehrheitsgesellschaft ebnen und auf diese Weise die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben fördern. Dazu gehört der Kampf gegen Obdachlosigkeit, spezifische Unterstützung zugunsten ethnischer Minderheiten, MigrantInnen und Menschen mit Behinderung, die vor zahlreicheren Beschäftigungshürden stehen.

Der Bericht hält indes fest, dass die Mitgliedstaaten zwar bei der Einschätzung der geschlechtsspezifischen Auswirkung ihrer Aktion sowie bei der Berücksichtigung von Frauenanliegen in der allgemeinen Politik Fortschritte machen, jedoch mehr Anstrengungen zugunsten der Gleichstellung von Frauen und Männern erforderlich sind.

Die Mitgliedstaaten betonten in der Darstellung ihrer Pläne im Bereich der Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege ihr unnachgiebiges Eintreten für den gleichberechtigten Zugang zu diesen Dienstleistungen für alle. Nichtsdestotrotz gibt es noch signifikante Ungleichheiten. Unter den Mitgliedstaaten herrscht ferner Einigkeit über die vorrangige Bedeutung von Dienstleistungen der häuslichen Pflege und die Einsetzung neuer Technologien, die Menschen einen möglichst langen Verbleib im eigenen Zuhause erlauben können.

In den meisten Mitgliedstaaten haben allgemeine Strukturreformen stattgefunden, um ein angemessenes und zukunftsfähiges Rentensystem zu gewährleisten. Sie knüpfen an einen lebenszyklusorientierten Ansatz an, indem sie die Verbindung zwischen Beiträgen und Leistungen verstärken. Die Reformen konzentrieren sich ferner auf Strategien zur Förderung des aktiven Alterns; dafür werden Optionen der Frühverrentung reduziert und stärkere Anreize zur Ausdehnung des Erwerbslebens geschaffen. Der Bericht hält allerdings fest, dass dem auch Fortschritte bei der Öffnung des Arbeitsmarkts für ältere ArbeitnehmerInnen gegenüber stehen müssen. Der kontinuierliche

Anstieg der Erwerbsrate unter älteren ArbeitnehmerInnen ist ein ermutigendes Zeichen, jedoch kein Grund zur Zufriedenheit.

Den vollständigen Bericht und die Länderprofile finden Sie im Internet: http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/jrep_de.htm